

Exkursionsbericht vom 25. November 2013
Besuch des Sächsischen Staatsministeriums des Innern in Dresden
im Rahmen des Seminars
„Konzepte und Akteure innerer und äußerer Sicherheit“
unter Leitung von Dr. Sebastian Liebold

Am Mittag des 25. November 2013 fand sich eine Gruppe von Studierenden des Studiengangs Politikwissenschaft der Technischen Universität am Chemnitzer Hauptbahnhof ein, um im Rahmen des Seminars „Konzepte und Akteure innerer und äußerer Sicherheit“, angeboten von Dr. Sebastian Liebold, an der Exkursion in das Sächsische Staatsministerium des Innern, teilzunehmen. Jenes Ministerium befindet sich neben diversen anderen Behörden im Regierungsviertel Dresdens, in unmittelbarer Nähe zu den nördlichen Elbterrassen.

Dank des im Semesterbeitrags enthaltenen Semestertickets, mit dem die Studierenden der Universität ohne zusätzliche Kosten die Nahverkehrsmittel in ganz Sachsen nutzen können, stellte sich die Anreise nach Dresden sowie die spätere Rückreise als unkompliziert dar. Nach einer einstündigen Zugfahrt (und einer kurzen Straßenbahnfahrt) erreichte unsere Gruppe das Staatsministerium. Im Konferenzraum begrüßten um 15 Uhr sowohl der Sächsische Landespolizeipräsident – zugleich Abteilungsleiter für Öffentliche Sicherheit und Ordnung – Rainer Kann als auch ein Referent des Hauses, Herr Lichtenberger, die Seminargruppe.

Der 1955 in Hannover geborene Rainer Kann wurde im September 2012 auf seinen derzeitigen Posten berufen. Der studierte Jurist bringt dazu eine langjährige Berufslaufbahn im Polizeidienst, unter anderem als Polizeipräsident in Potsdam sowie als Leiter des Referats der internationalen grenzpolizeilichen Kooperation im Bundesministerium des Innern mit.¹ Er trat als freundlicher, aufgeschlossener und ausgesprochen kompetenter Diskussionspartner auf, der sich den aufkommenden Fragen der Studierenden beziehungsweise des Dozenten bereitwillig stellte.

Es wurden verschiedenste Themengebiete der Polizeiarbeit in Sachsen angesprochen, zu Beginn war es Herrn Kann wichtig, auf die Unterschiede zwischen Bundes- und Landespolizei einzugehen. Er betonte, die beiderseitige Zusammenarbeit stehe trotz teils divergierender Zuständigkeitsbereiche stets an erster Stelle. Ein „negativer Kompetenzkonflikt“² (keiner fühlt sich zuständig) sei daher so gut wie ausgeschlossen – stattdessen würde es bezüglich mancher Punkte eher zu einer Kompetenzüberschneidung kommen. Diese Überschneidungen wiederum könnten, so Kann, in bestimmten Aufgabenfeldern gezielt genutzt werden, beispielsweise für die Überwachung des grenznahen Raums zwischen Sachsen, Polen und Tschechien durch Streifenpolizisten. Seit Mai

1 Wend, Frank: Rainer Kann – Neuer Landespolizeipräsident, unter: <http://www.polizei.sachsen.de/de/18481.htm>, zuletzt abgerufen am 27.11.2013

2 So Rainer Kann im Gespräch.

2013 existiert ein Abkommen zwischen Bundes- und Landespolizei, nach dem künftig beide Seiten zum einen bei Patrouillenfahrten kooperieren, zum anderen der in den Grenzgebieten vorkommenden Kriminalität gemeinsam entgegenzutreten.

Ein weiteres Teilgebiet des polizeilichen Alltagsgeschäfts in Sachsen ist das verstärkte Vorgehen gegen die Verbreitung von Rauschgiften, wobei Rainer Kann sich besonders auf das besonders gefährliche Crystal Meth bezog. Diese verhältnismäßig „neue“ Droge hält er für ein ernsthaftes gesamtgesellschaftliches Problem, sie ziehe neben dem illegalen Schmuggelgeschäft auch zunehmend Beschaffungskriminalität nach sich. Verbreitet habe sich Crystal bereits jetzt in ganz Deutschland und werde sich künftig in schnellster Zeit europaweit popularisieren. Das einzig langfristige Gegenmittel, was dessen Ausbreitung entgegenwirken könne, sieht Kann in der Prävention: In den Schulen und zu Hause müssten Kinder frühzeitig hinsichtlich der Wirkungen und Folgen von Rauschgiften aufgeklärt werden.

Auf die Frage der Studierenden, inwiefern und in welchen Bereichen die Einsparmaßnahmen in der Polizeiarbeit, welche in den Medien kürzlich thematisiert worden waren, vorgesehen seien, bemühte sich der Landespolizeipräsident voreiligen Schlüssen entgegenzuwirken. Geplant sei in der Tat die Straffung von Organisation (unter anderem die Schließung von zwei Polizeidirektionen) und die zahlenmäßige Senkung von Bereitschaftspolizisten, Kriminalpolizei-Beamten und eine Reduzierung der Verkehrspolizei. Jedoch würde dieser Abbau „in milden Schritten“ bis zum Jahr 2025 erfolgen und keinsfalls auf einen Schlag. Außerdem werde durch die Aufrechterhaltung der Menge aller Streifenbeamten die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nicht gefährdet. Kann legte seine Position dazu dar, dass dieser Abbau vollauf gerechtfertigt sei, solange die Polizei weiterhin in der Öffentlichkeit dauerhaft präsent ist und Bürgerpolizisten nach wie vor Bürgernähe gewährleisten können.

Jene angesprochene Bürgernähe dürfe nicht vernachlässigt werden, denn das Bild der Polizei in der Gesellschaft habe bereits in den letzten Jahren einen dramatischen Wandel erlebt, so Kann weiter. Das frühere Image des „Freund und Helfers“ wäre nun dem Phänomen gewichen, dass die Polizei lediglich dann geschätzt und respektiert werde, sobald die Bürger zu Betroffenen von Kriminalität würden und damit des Schutzes und der Hilfe bedürftig seien. Leider müssten heutzutage, neben zunehmender Respektlosigkeit sowie einem stärkerem Widerstand, alle Landespolizeien und gleichermaßen die Bundespolizei eine steigende Zahl von Gewaltvorfällen gegen Polizeibeamte verzeichnen.

Abschließend rief Rainer Kann im Namen der Landespolizei alle Teilnehmer der Exkursion auf, die Eigenprävention gegen Kriminalität in jeglichen Bereichen des Lebens zu überprüfen und zu revidieren, gleichzeitig aber nicht zu zögern, sich im Ernstfall an die 110 zu wenden.

Carolin Wunderlich